

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

6. Mai 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 30.04.13 starben drei britische Soldaten in der südafghanischen Provinz Helmand (im Distrikt Nahr-e Saraj), als ihr Panzerfahrzeug über einen Sprengsatz rollte. Am 01.05.13 wurde der Vorsitzende des Hohen Friedensrates der südlichen Provinz Helmand (im Distrikt Gereshk) bei einem Bombenanschlag getötet. Mit ihm starben zwei Polizisten. Am 04.05.13 wurde bei Gefechten mit Aufständischen in der nordafghanischen Provinz Baghlan ein deutscher Soldat getötet und ein deutscher Soldat verwundet. Am gleichen Tag wurden bei einem weiteren Vorfall in der Region zwei deutsche Hubschrauber mit Flugabwehr- und Handwaffen beschossen. In der südlichen Provinz Kandahar (im Distrikt Maiwand) starben am 04.05.13 fünf US-Soldaten bei einem Bombenanschlag. In der westlichen Provinz Farah wurden am gleichen Tag zwei weitere US-Soldaten bei einer sog. Insider-Attacke von einem afghanischen Soldaten erschossen.

Pakistan

Pervez Musharraf passives Wahlrecht gerichtlich aberkannt

Ex-Präsident und Ex-Diktator Pervez Musharraf wurde nach einer Meldung vom 30.04.13 durch das Obergericht in Peshawar (Peshawar High Court) die Wählbarkeit zu Provinzparlamenten und der Nationalversammlung abgesprochen.

Musharraf hatte sich mit einer Beschwerde über Nichtzulassung seiner Kandidatur in einem Wahlkreis in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa an das Gericht gewandt, das die Nichtzulassung bestätigte und mit seiner Entscheidung sogar darüber hinausging.

Musharraf steht inzwischen auch auf der sogenannten Exit Control List, d.h. er kann über keinen offiziellen Grenzübergang Pakistan verlassen. Seine Sicherungshaft in seinem Farmhaus wurde bis zum 18.05.13 vom Islamabad High Court verlängert, wobei er an diesem Tag vor Gericht zu erscheinen hat. Am 06.05.13 findet eine Anhörung vor Gericht über einen Antrag Musharrafs auf Freilassung gegen Kautions statt. Die Polizei hatte im Übrigen gegenüber dem für das Strafverfahren zuständigen Gericht erklärt, dass sie wegen des personellen Aufwandes für die Sicherheitsvorkehrungen bis zu den Wahlen am 11.05.13 nicht die Sicherheit im Gerichtsgebäude in Islamabad gewährleisten kann.

Provinz Punjab: Staatsanwalt im Verfahren gegen Musharraf erschossen

Ein Staatsanwalt im Ermittlungsverfahren des Mordes an Benazir Bhutto wurde in Islamabad von Unbekannten erschossen. Er sollte in den nächsten Tagen eine Anklageschrift in diesem Verfahren gegen Musharraf einreichen. Ein begleitender Polizist der Frontier Constabulary wurde verletzt und konnte einen der vier Angreifer, die entkommen konnten, verwunden.

Provinz Belutschistan: Anschläge auf Politiker

Am 05.05.13 wurde ein Konvoi zweier Kandidaten für die Wahl zur Nationalversammlung in dem Gebiet Tali des Distrikts Sibi (Provinz Belutschistan) von einer am Straßenrand detonierten Bombe getroffen. Bei dem darauf folgenden Schusswechsel kamen zwei Leibwächter und die zwei Angreifer ums Leben. Die Politiker blieben unverletzt.

Am 30.04.13 wurden bei einem Feuerüberfall auf einer Wahlkampfkundgebung in Goth Shanmbani im Wahlkreis PB 32 (Jhal Magsi, Provinz Belutschistan) ein Kandidat namens Abdul Fateh Magsi und zwei Teilnehmer erschossen. Unter den Teilnehmern der Veranstaltung gab es zudem drei Verletzte.

Provinz Sindh: Anschlag auf Politiker

Am 03.05.13 wurde ein Kandidat für die Wahlen zur Nationalversammlung, der der säkularen Awami National Party angehört, in Karachi (Provinz Sindh) erschossen, wobei auch sein vierjähriger Sohn ums Leben kam. Die pakistanischen Taliban bekannten sich zur Tat und kündigten die Fortsetzung der Attentate auf die Kandidaten der Parteien Awami National Party, Muttahida Qaumi Movement und Pakistan Peoples Party an.

Provinz Khyber Pakhtunkhwa: 57 Tote und viele Verletzte

Gefechte zwischen den pakistanischen Taliban und Sicherheitskräften im Tirah-Tal an der Grenze zwischen den FATA-Agenturen Orakzai und Khyber am 05.05.13 forderten 23 Tote unter den Militanten und drei verletzte Soldaten. Ferner wurden in Nord-Waziristan (FATA) zwei Soldaten durch eine Bombe am Straßenrand getötet und drei verletzt. Sie waren in einem Konvoi auf der Razmak-Eisha Road von Razmak nach Bannu unterwegs, als die Bombe nahe Kam Sarobi explodierte.

Am 03.05.13 gab es mehrere Gefechte zwischen pakistanischen Taliban und den Sicherheitskräften.

Angehörige der pakistanischen Taliban, Untergruppe Shamim Mehsud, griffen einen Posten der Sicherheitskräfte im Gebiet Ghundai in Süd-Waziristan (FATA-Gebiet in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa) an. Es gab 13 Tote und mehrere Verwundete. Auf Seiten der Sicherheitskräfte starb ein Soldat und drei wurden verletzt. Auf Seiten der pakistanischen Taliban gab es zwölf Tote und mehrere Verletzte.

In der FATA-Agentur Orakzai gab es ebenfalls Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und den pakistanischen Taliban. Die Kämpfe in dem Gebiet Dabori forderten neun Tote unter den pakistanischen Taliban und ein Todesopfer bei der Armee. In Shin Qamam, ebenfalls im Gebiet Dabori, wurde ein Soldat bei einem Überfall der pakistanischen Taliban auf einen Kontrollposten getötet. Bei dem anschließenden Feuergefecht mit Einsatzkräften des Militärs wurden neun Taliban getötet und mehrere verletzt. Von Seiten der Taliban gab es abweichende Angaben über die Verluste, die bei den Sicherheitskräften höher, als bei ihnen gewesen sein sollen.

Irak

Sicherheitslage

In Irak hält die Gewalt an. So wurden am 30.04.13 bei Anschlägen mindestens 20 Menschen getötet und weitere 49 verletzt. Betroffen waren insbesondere Bagdad und die Provinzen Salahaddin, Diyala und Ninive. Am 01.05.13 kamen bei mehreren Anschlägen u.a. in Bagdad, den Provinzen Anbar, Salahaddin, Diyala, Ninive und Kirkuk mindestens 28 Menschen ums Leben, weitere 75 wurden verletzt.

Am 03.05.13 kamen in Mosul bei Kämpfen zwischen Polizisten und bewaffneten Angreifern mindestens neun Polizisten ums Leben, sieben weitere wurden verletzt. Bei der Explosion einer Autobombe vor einer sunnitischen Moschee in Rashidiyah, nördlich von Bagdad, wurden mindestens vier Menschen getötet und mehr als 20 verletzt.

Am 05.05.13 kamen bei einer Anschlagsserie in und um Bagdad mindestens neun Menschen ums Leben, mehr als 30 wurden verletzt.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP, die sich auf Berichte aus irakischen Sicherheitskreisen und medizinische Quellen beruft, lag im April die Zahl der Todesopfer bei 460 Personen, 1.219 wurden verletzt. Im März lag die Zahl der Todesopfer bei 271 Personen, 906 wurden verwundet.

Nach Angaben von UNAMI, UN Assistance Mission for Iraq, lag im April die Zahl der Todesopfer bei 712, die Zahl der Verletzten bei 1.633. Unter den irakischen Sicherheitskräften habe es 117 Tote und 195 Verletzte gegeben. Die Provinz Bagdad sei mit 211 Todesopfern und 486 Verletzten die am stärksten betroffene Provinz, gefolgt von Diyala, Salahaddin, Kirkuk, Ninive und Anbar. Im März 2013 lag die Zahl der getöteten Zivilisten bei 229, die Zahl der Verletzten bei 853. Der April sei der „tödlichste“ Monat seit Juni 2008 gewesen.

Maliki kündigte Offensive gegen Milizen an

Nach der Eskalation der Gewalt Ende April 2013 kündigte der irakische Premierminister al-Maliki ein massives Vorgehen gegen bewaffnete Gruppen an. Seit Dezember 2012 demonstrieren Sunniten gegen die Regierung des schiitischen Ministerpräsidenten al-Maliki.

Wahlsieg für al-Maliki bei Provinzwahl

Laut Pressemeldung vom 05.05.13 hat nach Angaben der irakischen Wahlkommission das Bündnis des schiitischen Ministerpräsidenten Nouri al-Maliki in zehn von zwölf Provinzen die meisten Sitze gewonnen. Auf den zweiten Platz sei die Koalition der Schiitenpartei Hoher Islamischer Rat von Ammar al-Hakim gekommen, gefolgt von der Koalition der Liberalen, die dem Schiitenprediger Muktada al-Sadr nahesteht.

Türkei

Ausschreitungen bei 1. Mai-Demonstrationen

In Istanbul wurden bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und Demonstranten am 1. Mai mindestens 16 Menschen verletzt und 20 Protestierer festgenommen. Die Auseinandersetzungen begannen bereits am frühen Morgen, als Gruppen von Gewerkschaftern und Oppositionellen zum Taksim-Platz ziehen wollten, um dort eine Kundgebung zu veranstalten, obwohl die traditionelle Mai-Kundgebung auf dem Taksim-Platz zuvor aus Sicherheitsbedenken wegen der auf dem Platz stattfindenden Bauarbeiten untersagt worden war. Demonstranten warfen Steine und Brandflaschen auf die Polizei. Die Sicherheitskräfte gingen mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Protestierenden vor.

Das Demonstrationsrecht auf dem Taksim-Platz war erst 2010 wieder eingeführt worden, nachdem dort 1977 bei Ausschreitungen 36 Menschen um Leben gekommen waren.

Syrien/Libanon

Israel greift Syrien an/Syrien droht mit Vergeltung/Hizbollahführer bestätigt Einsatz von Kämpfern in Syrien

Israel griff in den Nächten zum 03.05. und zum 05.05.13 Ziele in und bei Damaskus mit Raketen an. Die Einsätze wurden damit begründet, dass eine direkte Bedrohung Israels durch die Aufrüstung der Hizbollah mit chemischen Waffen und Raketen mit größerer Reichweite verhindert werden soll, die bei künftigen Konflikten auch auf israelische Städte gerichtet werden könnten. Das syrische Regime wertete die Angriffe als „Kriegserklärung“ und drohte mit Vergeltung. Auch das syrische Oppositionsbündnis Nationale Koalition verurteilte die Angriffe. Die Arabische Liga warnte Israel vor Konsequenzen und forderte ein Handeln des UN-Sicherheitsrats. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon zeigte sich besorgt und rief alle Seiten zur Zurückhaltung auf, um eine weitere Eskalation des Konflikts zu verhindern.

Kämpfer der libanesischen schiitischen Hizbollah-Miliz, die nach israelischen Schätzungen über 60.000 weitere Raketen verfügen sollen, operieren nach Angaben von Hizbollah-Führer Sheik Hassan Nasrallah in einem Interview vom 30.04.13 im syrischen Bürgerkrieg. Sollte „die Situation weiter eskalieren“, könnte sich die Hizbollah dort durchaus noch mehr engagieren. Damit – und mit den Kämpfen zwischen Anti- und Pro-Assad-Kräften im Norden Libanons – droht der Libanon immer mehr in den Konflikt im Nachbarland hineingezogen zu werden.

Syrien

Rebellen setzten möglicherweise Sarin ein

Nach Angaben von Carla Del Ponte, einem Mitglied einer UNO-Kommission zur Untersuchung der Menschenrechtslage in Syrien, gibt es nach Zeugenbefragungen einen „deutlichen, konkreten Verdacht“, dass syrische Rebellen das tödliche Nervengas Sarin gegen ihre Gegner eingesetzt haben. Dieser Verdacht wurde von Experten jedoch nicht bestätigt.

Internationaler Tag der Pressefreiheit: Seit Kriegsbeginn 36 Journalisten in Syrien getötet

Nach einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International sind in Syrien seit Kriegsbeginn mindestens 36 Journalisten gezielt getötet worden. „Sowohl die syrischen Regierungstruppen als auch die bewaffnete Opposition sind für Gewalttaten gegen Journalisten verantwortlich“, sagte Syrien-Expertin Ruth Jüttner anlässlich der Veröffentlichung des neuen Amnesty-Berichts zum Internationalen Tag der Pressefreiheit am 03.05.13. In dem Bericht wird vor allem die wichtige Rolle von einheimischen Aktivisten beschrieben, die oft ihr Leben riskieren, um Gräueltaten zu dokumentieren. Genauso wie ihre professionellen Kollegen würden sie bedroht und müssten Vergeltung befürchten. „Angriffe auf Zivilisten, und dazu gehören Journalisten, sind Kriegsverbrechen. Die Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden“, sagte Jüttner.

Syrische Regierungstruppen sollen 150 Menschen ermordet haben

Regierungstruppen sollen in dem Dorf al-Baida in der syrischen Provinz Tartus nach Oppositionsberichten mindestens 150 Menschen, vorwiegend Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, ermordet haben. Die Nationale Syrische Koalition warf der internationalen Gemeinschaft am 03.05.13 untätiges Zusehen bei Kriegsverbrechen vor, die durch das Regime Assads begangen würden. Die staatliche Nachrichtenagentur Sana berichtete demgegenüber, die Armee habe Terroristen getötet und Waffen in mehreren Dörfern in der Umgebung der Küstenstadt Baniyas sichergestellt. Die Angaben konnten von unabhängiger Seite nicht verifiziert werden. Bei den Bewohnern in dem betroffenen Gebiet handelt es sich überwiegend um Alawiten. Dieser islamisch-schiitischen Glaubensrichtung gehört auch Machthaber al-Assad an. Im Süden von Baniyas gibt es mehrere von Sunniten bewohnte Dörfer. Der Aufstand gegen das herrschende Regime wird größtenteils von Sunniten geführt.

Westjordanland

Abbas zu Zweistaatenlösung und kleinerem Gebietstausch mit Israel bereit

Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas ist zu einer von der Arabischen Liga vorgeschlagenen Zweistaatenlösung mit den Grenzen von 1967 und kleineren Gebietstauschen mit Israel als Teil eines Friedensvertrages bereit. Israel könne jedoch nicht, wie von Regierungschef Benjamin Netanyahu gefordert, als jüdischer Staat anerkannt werden. Netanyahu hatte zuvor diese Weigerung und nicht die Gebietsfrage als Kern des Konflikts bezeichnet. Abbas hat schon oft die Forderung nach Anerkennung Israels als jüdischer Staat abgelehnt, weil damit die Rechte der palästinensischen Minderheit in Israel ignoriert würden. Etwa 21 % der acht Millionen israelischen Staatsbürger sind Palästinenser. Zudem würde eine solche Anerkennung den automatischen Verzicht auf ein Rückkehrrecht für alle Palästinenser und deren Nachfahren bedeuten, die seit dem Unabhängigkeitskrieg 1948 ihre Heimat verloren haben.

Iran

Mehrere potenzielle Präsidentschaftskandidaten kritisieren Israel-Schelte Ahmadinejads

Sechs Wochen vor der Präsidentschaftswahl distanzieren sich immer mehr potenzielle Kandidaten von dem außenpolitischen Kurs des scheidenden Präsidenten. Mit seinen umstrittenen Äußerungen zum Holocaust und seiner mehrfachen Drohungen gegen Israel habe Ahmadinejad dem Land großen Schaden zugefügt, so der Tenor der Kritik mehrerer hochrangiger Politiker. Der ehemalige Atomchefunterhändler Hassan Rohani, der für die Reformer kandidieren möchte, ergänzte, dass das internationale Ansehen Irans in den letzten acht Jahren wegen des außenpolitischen Kurses des Präsidenten auf einem Tiefpunkt angelangt sei. Der mächtige Ex-Präsident Ali Akhbar Hashemi-Rafsanjani betonte, dass Iran durch die außenpolitischen Entgleisungen des Präsidenten in den letzten acht Jahren bittere Jahre erlebt habe. Viele Beobachter werten die Aussagen der namhaften Politiker als Versuch, die Reputation Irans im internationalen Kontext wiederherzustellen.

Internetzensur: Trend zu unkontrollierten „Schatten-Netzwerken“ in Iran

Die Ausdrucksmöglichkeiten im Internet werden nach Ansicht international aktiver Blogger langfristig gegen staatliche Unterdrückungsversuche, wie sie z.B. von der iranischen „Cyber-Army“ ausgeübt werden, bestehen können. Auf einer Veranstaltung des Senders Deutsche Welle zum Tag der Pressefreiheit sagte der iranische Blogger Arash Apadpour, in seiner Heimat gebe es den Trend, mit Hilfe von Funktechniken wie WLAN und Bluetooth staatlich unkontrollierte „Schatten-Netzwerke“ zu errichten. Dort könne gezeigt werden, dass es verschiedene Realitäten gebe – „eine staatlich gewollte Realität und eine andere Realität“.

Tunesien

Einigung auf neue Verfassung

Die Parteien in Tunesien haben vergangene Woche nach monatelangen Verhandlungen eine Einigung über das künftige politische System des Landes erzielt. Die Einigung sieht eine Mischform aus parlamentarischer und Präsidialverfassung vor, in der Staats- und Regierungschef jeweils eigene Vorrechte bekommen. Eine Verfassung, „in der weder das Staatsoberhaupt noch der Regierungschef die oberste Kontrolle über die Exekutive hat“, erklärte am 03.05.2013 der Chef der islamischen Regierungspartei Ennahdha, Rached Ghannouchi, im tunesischen Rundfunk. Zur genauen Aufteilung der Machtbefugnisse äußerte er sich nicht.

Libyen

Bürger von Bengasi vertreiben Miliz und zerstören illegales Gefängnis

Nach einer Meldung vom 30.04.13 sollen Bürger von Bengasi im Ost-Selman-Distrikt eine Miliz vertrieben haben, die dort ein illegales Gefängnis betrieben hat, in dem Drogen- und Alkohol-Dealer, Prostituierte und andere Personen, die moralischer Verfehlungen beschuldigt wurden, gefoltert worden sein sollen. Die Miliz soll nach dem Angriff auf das US-Konsulat im September 2012 in die libysche Armee integriert worden sein.

Polizeistation in Bengasi gesprengt

Am 02.05.13 wurde ein Sprengstoffanschlag auf die Birkah-Polizeistation in Bengasi verübt. Das Gebäude wurde stark beschädigt, drei Polizisten wurden verletzt.

Milizen belagern erneut Justiz- und Außenministerium in Tripolis

Am 01.05.13 haben bewaffnete Angehörige von Milizen erneut das Außenministerium in Tripolis umstellt und den Geschäftsbetrieb unterbunden. Am 28.05.13 hatten sie bereits das Justizministerium belagert. Sie wollten Ihrer Forderung an den Allgemeinen Nationalkongress Nachdruck verleihen, das Politische Isolierungsgesetz zu erlassen, welches Gaddafi-Loyalisten und Personen, die mit dem Regime verbunden waren, aus politischen und staatlichen Ämtern entfernt.

Am 05.05.13 hielt der Allgemeine Nationalkongress eine Sitzung ab, um über das Politische Isolierungsgesetz zu debattieren. Am gleichen Tag kam es zu Zusammenstößen zwischen Bürgern von Tripolis und den das Gesetz befürwortenden Milizen. Die Bürger verurteilten die Blockade der Ministerien und forderten das Ende der Herrschaft der Milizen. Bereits am 03.05.13 hatte die Armee rund um die Stadt strategische Positionen besetzt und die Zugänge zur Stadt unter Kontrolle gebracht.

Sudan

Dinka-Führer in Abyei erschossen

In der zwischen Sudan und Südsudan umstrittenen Region Abyei kam am 05.05.13 Kual Deng Majok, ein prominenter Führer der Ngok Dinka aus Südsudan, ums Leben. Er und sein Fahrer starben bei einem Schusswechsel zwischen arabischen Misseriya-Nomaden und Soldaten der UN Interim Security Force in Abyei (UNISFA). Kual Deng Majok war in Begleitung des äthiopischen Kommandeurs der UNISFA in der Abyei unterwegs, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Zwei UNISFA-Soldaten und 17 Misseriya kamen ebenfalls ums Leben. Nach Angaben des sudanesischen Innenministeriums hatte Majoks Stamm es versäumt, die Misseriya über den Besuch zu informieren.

Beobachter befürchten nach dem Tod des Dinka-Führers eine Zunahme der ethnischen Spannungen in der Region.

Zahlreiche Tote bei Grubenunglück

Beim Einsturz einer illegalen Goldmine in Norddarfur kamen am 29.04.13 nach Angaben der örtlichen Behörden Dutzende Menschen ums Leben. Die genaue Zahl ist nicht bekannt. 66 Personen seien namentlich registriert worden, bevor sie unter Tage gingen. Es sei jedoch davon auszugehen, dass sich weitere Arbeiter in der Mine befunden hätten. Die Suche nach den Verschütteten wurde inzwischen eingestellt. Die Goldmine

war Auslöser einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen zwei arabischen Stämmen in der Region im Januar 13 (vgl. BN vom 14.01.13 und 21.01.13).

Gold ist das wichtigste Exportgut Sudans. Die Erlöse aus seinem Verkauf stellten im 1. Halbjahr 2012 rund 70 % der Außenhandelseinnahmen des Landes.

130 Tote bei Stammeskämpfen

Bei Kämpfen um Landbesitz zwischen den arabischen Stämmen Gimir und Beni Halba in Süddarfur kamen am 02.05.13 mehr als 130 Personen ums Leben.

Somalia

15 Tote bei Anschlag in Mogadischu

Bei einem Selbstmordanschlag in Mogadischu auf einen Fahrzeugkonvoi der somalischen Regierung, der eine Delegation aus Katar begleitete, starben am 05.05.13 mindestens 15 Personen, darunter 13 Zivilisten. Mindestens 18 Personen wurden verletzt. Der Täter hatte ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug in die Fahrzeugkolonne gelenkt und zur Explosion gebracht. Die Mitglieder der katarischen Delegation blieben unverletzt. Die al-Shabaab soll sich zu dem Anschlag bekannt haben.

Mali

UNO-Friedenstruppen genehmigt

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 02.05.13 die Bildung einer 12.600 Mann starken Blauhelm-Truppe zur Friedenssicherung in Mali genehmigt. Die MINUSMA (Mission multidimensionelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation au Mali) soll am 01. Juli diesen Jahres ihre Arbeit aufnehmen, ihr Mandat läuft zunächst über zwölf Monate. Die Resolution, die von den 15 Mitgliedern des Sicherheitsrates einstimmig angenommen wurde, erlaubt den Blauhelmen, „alle erforderlichen Mittel“ einzusetzen, um die Zivilbevölkerung, UN-Mitarbeiter und das kulturelle Erbe Malis zu schützen sowie die Verteilung humanitärer Hilfsleistungen zu gewährleisten. Auch der Schutz der Menschenrechte gehört zu den Kernpunkten des Mandats. MINUSMA werde den malischen Behörden dabei helfen, „die konstitutionelle Ordnung, die Demokratie und die nationale Einheit wiederherzustellen“, so UN-Untergeneralsekretär Hervé Ladsous.

Frankreich verlängert Mandat für Mali-Mission

Frankreichs Parlament hat das Mandat für die Mission in Mali verlängert. Das Mandat sieht jedoch eine schrittweise Reduzierung der Truppenpräsenz von derzeit 3850 auf 1000 Soldaten bis zum Jahresende vor.

Französischer Soldat getötet

Ein französischer Soldat ist am 29.04.13 bei einem bewaffneten Zusammenstoß im Norden von Mali getötet worden, teilte der Pressedienst des französischen Präsidenten mit. Details des Vorfalls sind bislang nicht bekannt. Seit dem Eingreifen der französischen Truppen in Mali im Januar 2013 seien damit mittlerweile sechs Soldaten bei ihrem Einsatz ums Leben gekommen.

Fünf Attentäter und zwei Soldaten bei Anschlag getötet

Bei einem Selbstmordanschlag in Mali sind am 04.05.13 fünf Attentäter und zwei malische Soldaten ums Leben gekommen. Die fünf Dschihadisten sprengten sich nach Angaben aus Militärkreisen in der Nähe der nordostmalischen Stadt Gao unweit einer Armeepatrouille in die Luft. Für das Attentat wurde die Bewegung für Einheit und Jihad in Westafrika (MUJAO) verantwortlich gemacht.

Côte d'Ivoire

Unabhängige Kandidaten gewinnen Kommunalwahlen

Bei den Kommunalwahlen in Côte d'Ivoire haben unabhängige Kandidaten beachtliche Wahlerfolge erzielt. Nach dem offiziellen Ergebnis errangen sie 72 der insgesamt 194 Sitze. Beobachter werten dies als Unzufriedenheit mit der Regierung von Staatspräsident Alassane Ouattara. Dessen Partei, die Rassemblement des Républicains (RDR), gewann 65 Sitze, deren Koalitionspartner, die Parti Démocratique de Côte d'Ivoire (PDCI), bekam 49 Sitze. Die Wahlbeteiligung bei der ersten Kommunalwahl seit zehn Jahren lag bei 36,44 Prozent. Die Partei des ehemaligen Präsidenten Laurent Gbagbo, die Front Populaire Ivoirien (FPI), boykottierte den Urnengang. Aufgrund der zunehmenden Uneinigkeit innerhalb des Regierungsbündnisses konnten die unabhängigen Kandidaten vor allem mit Versprechen zu lokalen Entwicklungsprojekten punkten. Immer wieder kam es seit dem Wahltag zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Parteianhängern sowie zwischen rivalisierenden Parteimitgliedern, vor allem in der Hauptstadt Abidjan. Mindestens zwei Menschen sollen dabei getötet worden sein, mehrere wurden verletzt.

Tansania

Eine Tote bei Anschlag vor Kirche in Tansania

Bei einer Granatenexplosion vor einer katholischen Kirche ist am 05.05.13 in Arusha im Norden Tansanias eine Frau ums Leben gekommen. Mindestens 50 Menschen wurden nach Angaben der Behörden bei der Explosion verletzt, vier von ihnen seien in einem kritischen Zustand. Eine Person sei festgenommen worden, nach einem weiteren Verdächtigen werde noch gefahndet. Nach bisherigen Erkenntnissen wurde die Granate auf den Eingang des Gotteshauses geworfen, als die Gläubigen gerade zur Messe kamen. Die Ursache für die Explosion ist noch unklar, in den vergangenen Monaten hatten die Spannungen zwischen Christen und Muslimen in dem Land jedoch zugenommen. Dabei gab es sowohl Angriffe auf Kirchen als auch auf Moscheen.

Bangladesch

In der Hauptstadt Dhaka kam es am 05.05.13 zu blutigen Ausschreitungen zwischen radikalen Islamisten und Sicherheitskräften, bei denen ca. 22 Menschen getötet und hunderte weitere verletzt wurden. Zehntausende Mitglieder und Sympathisanten der islamistischen Organisation Hefajat-e-Islam blockierten die Stadt und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Die von der Jamaat-e-Islami unterstützte Hefajat-e-Islam fordert u.a. die Einführung der Todesstrafe für Gotteslästerung, strikte Geschlechtertrennung, die Wiedereinführung der Bezugnahme auf Allah in der Verfassung, verpflichtenden Religionsunterricht und die Beschränkung der Aktivitäten christlicher Missionare.

Myanmar/Indonesien

Terrorgefahr nach antimuslimischer Gewalt

In Indonesiens Hauptstadt Jakarta wurden am 02.05.13 zwei Männer festgenommen, die einer offiziellen Darstellung zufolge einen Anschlag auf die dortige myanmarische Botschaft geplant hatten. In ihrem Haus wurden mehrere selbst gebaute Bomben gefunden. Der geplante Anschlag gilt laut Polizei als Reaktion auf die Gewalt gegen Muslime in Myanmar. Stunden, bevor die beiden Männer festgenommen wurden, war auf der Website „Voice of Al-Islam“ ein Artikel mit einer dem in Indonesien inhaftierten radikalen muslimischen Geistlichen Abu Bakar Bashir zugeschriebenen Stellungnahme vom 23.04.13 zu lesen. Darin verlaute er, ein Jihad sei das einzige Mittel, den „Genozid“ an den Rohingya in Myanmar zu beenden.

Ein Toter bei Übergriffen auf Muslime in Myanmar

Neuerliche Übergriffe buddhistischer Mobs auf Muslime am 30.04. und 01.05.13 forderten in der etwa 100 Kilometer nördlich von Rangun gelegenen Gemeinde O(a)kkan ein Todesopfer; etwa zehn Personen wurden verletzt. Zwei Moscheen wurden zerstört und etwa 100 Häuser in Brand gesteckt. 18 Personen wurden festgenommen. Die Gewalt soll ausgebrochen sein, nachdem eine Muslimin einen buddhistischen Mönch versehentlich gestoßen hatte und dessen Schale für Opfergaben dadurch zerbrochen war.

Sri Lanka

Amnesty International hat der srilankischen Regierung vorgeworfen, immer aggressiver gegen ihre Kritiker vorzugehen. In ihrem Report „Angriff auf Andersdenkende“ berichtet die Organisation von Übergriffen auf Journalisten, Richtern, Menschenrechtsvertretern sowie Oppositionellen. Misshandlungen durch Sicherheitskräfte würden hierbei gebilligt. Die Regierung versuche damit ihre Macht zu festigen. Die Repressionen hätten unmittelbar nach dem militärischen Sieg über die tamilischen Rebellen der LTTE im Mai 2009 begonnen und hätten mittlerweile für ein „Klima der Angst“ gesorgt.

Indien/China

Grenzkonflikt im Himalaya beigelegt

Indien und China haben ihren Grenzkonflikt beigelegt und begonnen, ihre Truppen aus der von beiden Seiten beanspruchten Region Ladakh im Osten Kaschmirs abzuziehen. Der Konflikt war vor gut drei Wochen wieder aufgeflammt, als chinesische Streitkräfte die Grenze zu Indien überschritten und ein Lager aufgeschlagen hatten.

Nordkorea

US-Bürger zu 15 Jahre Arbeitslage verurteilt

Ein Gericht in Nordkorea hat den US-Bürger und gebürtigen Süd-Koreaner Kenneth Bae wegen Verbrechen gegen das Land zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die USA fordern sofortige Freilassung. Wenn Bae freikommt wäre er der sechste US-Bürger, der seit 2009 auf diese Weise auf nordkoreanischem Boden verhaftet, verurteilt und nach einem Bittbesuch abgeschoben wurde. Wie Chinas Nachrichtenagentur Xinhua meldete, die mit Korrespondenten in Pjöngjang vertreten ist, fällte das Oberste Gericht in Pjöngjang sein Urteil gegen Bae schon am 30.04.13, gab es aber erst nach dem Maifeiertag am 02.05.13 bekannt, um so maximale Aufmerksamkeit zu erzielen. Der Reiseleiter aus Washington war mit gültigem Einreisevisum in die nordkoreanische Stadt Rason gereist, die an der Grenze zu China und Russland liegt. Dort wurde er verhaftet. Angeblich soll er bettelnde Kinder in dem unter chronischen Hungersnöten leidenden herabgewirtschafteten Land gefilmt haben.